

Weigert, Max: Völkern-
tugend in Recht der
meistbegünstigten Nationen

1920 I

71

1920 I 71

Differentialzölle

und

Recht der meistbegünstigten Nation

von

Dr. Max Weigert.

Berlin,

Verlag von Leonhard Simion.

1878.

920

1924 I 41

Differentialzölle

und

Recht der meistbegünstigten Nation

von

Dr. Max Weigert.

Berlin.

Verlag von Leonhard Simion.

1878.



Auf dem diesjährigen 18. Congresse deutscher Volkswirthe zu Posen stand auf der Tagesordnung das Thema „Differentialzölle und Recht der meistbegünstigten Nation“, welches leider wegen Mangel an Zeit nicht mehr zur Verhandlung kam.

Zu demselben hatte ich an Stelle des durch Erkrankung am Erscheinen verhinderten Herrn M. Brömel im Verein mit Herrn Dr. Otto Wolff (Stettin) und Freiherrn v. Rübeck (Wien) die nachstehenden Resolutionen eingebracht, neben denen als bedeutendster Gegenantrag der des Herrn L. F. Seyffardt (Gresfeld) vorlag. Die Motivirungen der Antragsteller hätten klar gelegt, in welchen Punkten diese Resolutionen principiell auseinander gehen, in welchen Anschauungen nur ein scheinbarer Widerspruch obwaltet. Wir trennten uns, ohne diese Auseinandersetzung mit einem hochverehrten Freunde gepflogen zu haben.

Ich bin Herrn Seyffardt dankbar, daß er in einer Brochüre „Differentialzölle und Recht der meistbegünstigten Nation“ seinen Standpunkt klar legt und auch mir dadurch Gelegenheit giebt, die Erwägungen auseinanderzusetzen, welche mich zur Einbringung der von mir unterzeichneten Resolutionen veranlaßten. Die Freihändler haben, was Herr Seyffardt sehr richtig im Eingange seiner Schrift bemerkt, wahrlich nicht, wie ihnen von der schutzzöllnerischen Presse vorgeworfen wird, die Discussion des vorliegenden Thema in Posen gescheut, und wie er ergreife auch ich gern die Veranlassung, meine Ansichten offen darzulegen.

Es standen sich auf dem Congresse in Posen folgende Anträge gegenüber:

Antrag v. Rübeck, Otto Wolff (Stettin), Max Weigert:

Die Aufrechterhaltung und Weiterausbildung des geltenden Systems der Handelsverträge mit Klausel der meistbegünstigten Nation, welches sich bewährt hat und einen stetigen Fortschritt in freihändlerischer Richtung hierbei zu führen geeignet ist, erscheint dringend geboten.

Die Gewährung des Rechtes der meistbegünstigten Nation ist erforderlich, um unseren Erzeugnissen auf fremden Märkten die gleiche Zollbehandlung wie denen anderer Länder zu sichern.

Das System der Differentialzölle, d. h. die verschiedene Normirung der Zölle je nach der Herkunft der Waaren — kann zwar geeignet sein, die gemeinschädliche Wirkung des Schutzollsystems auf die Theilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Verkehrsgebieten abzuschwächen; aber der Nutzen davon fällt nicht der Allgemeinheit, sondern einzelnen Interessentenkreisen des In- oder Auslandes zu. Bei der heutigen Entwicklung der Transportmittel wird die Durchführung jenes Systems immer schwieriger, es befördert den Schmuggel und schädigt die Staatsfinanzen.

Antrag L. F. Seyffardt (Grefeld):

- 1) Deutschland darf seine Handelsverträge mit den Nachbarländern nur dann erneuern, wenn deren Zolltarife im Wesentlichen keine Erhöhung gegen die bisherigen Sätze enthalten.
- 2) Die gegenseitige Gewährung des Rechts der meistbegünstigten Nation ist bei Erneuerung der Handelsverträge selbstverständlich, bei Wegfall derselben in den meisten Fällen unstatthaft.
- 3) Im Fall der Einführung erhöhter autonomer Tarife in den Nachbarländern sind Differentialzölle auf in Deutschland importirte Waaren für jede einzelne Position, die im fremden Tarif die deutschen Sätze überschreitet und bis zur Höhe des fremdländischen Satzes dringend zu empfehlen.

Der Gegenstand, dessen Behandlung die folgenden Blätter enthalten, hat den volkswirthschaftlichen Congress in den letzten Jahren regelmässig beschäftigt. 1875 in München, 1876 in Bremen, 1877 in Berlin (bei der combinirten Versammlung des Vereins für Socialpolitik und des volkswirthschaftlichen Congresses) bildete die Handelspolitik und speciell die Frage von den Handelsverträgen, theils im Allgemeinen (in Bremen), theils mit besonderer Rücksicht auf den Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich (Berlin) einen Gegenstand der Tagesordnung. In Posen waren es speciell die Differentialzölle und das Recht der meistebegünstigten Nation, welche der Discussion unterstehen sollten.

Wenn wir heute die Freihändler als eifrige Beförderer der Handelsverträge sehen und ihnen gegenüber die Schutzzöllner als Vertreter des autonomen Tarifs, so könnte es scheinen, als ob hier eine Veränderung des Standpunktes stattgefunden hat. Während früher für die Freihändler nur die Rücksicht auf die Verhältnisse des eigenen Landes für die Aufstellung des Zolltarifs maßgebend war, finden wir sie heut scheinbar bemüht, die Zollpolitik von den Unterhandlungen mit fremden Staaten abhängig zu machen. Während die Schutzzöllner in alter Zeit ihr Hauptbestreben darin setzten, durch Handelsverträge mit anderen Nationen sich Vortheile auszubedingen, sehen wir sie heut den autonomen Tarif auf ihre Fahne schreiben.

Diese Wandlung ist aber, wie gesagt, nur eine scheinbare. Wenn die Freihändler heute für Handelsverträge eintreten, so sind die Handelsverträge der Jetztzeit eben andere als die der vergangenen Zeiten, und neben diesen Bestrebungen haben sie niemals das Postulat außer

Augen gelassen: daß der Zolltarif den Bedürfnissen des eigenen Landes angepaßt sei. Sie verbinden den autonomen Tarif mit den Handelsverträgen. Aber in der „Bedürfnisfrage“ unterscheiden sie sich von den Schutzzöllnern.

Während diese als „Bedürfnisse“ nur die Interessen gewisser Großindustriellen erkennen, und nach ihnen einen autonomen Tarif zugeschnitten wünschen, ist für die Freihändler das Interesse der Allgemeinheit maßgebend, welches möglichst billigen Bezug von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Beförderung der industriellen Thätigkeit, wohlfeile Beschaffung der Ganzfabrikate zum Nutzen der Consumenten und als Sporn zur Verbesserung der gewerblichen Leistungen verlangt, und Zölle vorzugsweise im fiskalischen Interesse bedingt. Daher sind die Freihändler principiell durchaus keine Gegner der indirecten Steuern, im Gegentheil, sie wünschen, daß die Zölle dem Staate möglichst große Einnahmen gewähren sollen, was gerade durch Schutzzölle thunlichst vermieden werden soll.

Für Handelsverträge im alten Stile konnten sich die Freihändler natürlich nicht erwärmen. Handelsverträge, durch welche jede Nation die andere einseitig auszubeuten bestrebt war, um alle übrigen von dem neu erworbenen Markte auszuschließen, Vereinbarungen, durch welche ausdrücklich festgesetzt wurde, daß andern Staaten die ermäßigten Zollsätze entweder gar nicht oder nur mit Zustimmung des anderen Contrahenten genießen sollten, konnten nicht als freihändlerische Errungenschaften begrüßt werden.

Für die Freihändler waren und sind Handelsverträge unter den gegebenen Verhältnissen ein Mittel zur Beförderung des internationalen Güteraustausches, einer Theilung der Arbeit, welche nicht nur die Preise der Waaren zu ermäßigen, sondern auch ihre Güte zu erhöhen geeignet ist, und die somit nicht nur ökonomisch günstig, sondern auch culturbefördernd wirken. Sie haben sich niemals verhehlt, daß Handelsverträge nur halbe Maßregeln seien, daß sie, wenn mit Staaten, die dem Principe der Handelsfreiheit huldigen, abgeschlossen, unnütz sind, mit schutzzöllnerischen Nationen aber keine dauernden Vortheile gewähren. Denn niemals werden wir eine erhebliche Ermäßigung des fremden Schutzzolles, worauf es doch allein ankommt, erlangen können, so lange der jenseitige Staat, der in dem Princip des Schutzes sein vermeintliches Heil sieht, dies nicht in seinem Interesse hält. Oder, um einen der schutzzöllnerischen Wortführer (H. Rentsch) aus seiner freihändlerischen Blüthezeit reden zu lassen: „Die eigentliche Blüthezeit der Handels-

verträge ist vorüber und die freihändlerischen Tendenzen der Volkswirtschaftslehre lassen sich mit dem Abchlusse separater Handelsverträge kaum noch vereinigen. Das Bestreben der Neuzeit geht vielmehr dahin, die Eingangszölle immer mehr herabzusetzen, und sie vorläufig, bis ein völliges Aufgeben derselben gestattet sein wird, nur für eine kleine Zahl von ausländischen Verbrauchsartikeln beizubehalten. Damit werden zugleich, indem der Zolltarif zu einem allgemeinen, für alle Nationen gleich geltenden gemacht wird, die Differentialzölle beseitigt, und ist dies einmal erreicht, dann ist der Abschluß eines Handelsvertrages, d. h. eines Separatabkommens über die Bedingungen des Handelsverkehrs zwischen zwei Nationen nicht mehr möglich. Wenn jetzt noch Handelsverträge abgeschlossen werden, so ist dies ein Beweis, daß mindestens bei einer der beiden contrahirenden Nationen richtige Ansichten über Handel und Verkehr noch nicht zur vollen Geltung gekommen sind."

Daß wir uns noch heute auf diesem Standpunkte befinden, daß richtige Ansichten über Handel und Verkehr noch immer nicht zur vollen Geltung gelangt sind, ist leider klarer als je. Und deshalb sind die Freihändler, als eine eminent praktische Partei, heute noch eifrige Beförderer der Handelsverträge, welche einerseits die Freiheit gewähren, den Tarif nach den Bedürfnissen des eigenen Landes zu gestalten und andererseits der Industrie für längere Zeiträume stabile und gesicherte Absatzverhältnisse gewährleisten.

Sa wir sind heute noch viel energischere Kämpfer für Handelsverträge als früher. Denn nicht nur in fremden Staaten erheben die Schutzzöllner das Haupt, sondern auch bei uns nimmt die schutzzöllnerische Agitation immer größere Dimensionen an, und an der Spitze der Regierung steht nicht mehr der Mann, der mit eminenter Sachkenntniß und Besonnenheit das Steuer der Handelspolitik im Sinne der bewährten Traditionen des Zollvereins lenkte. Dem Ansturm der Schutzzöllner gegenüber haben wir unseren Zolltarif zu verteidigen, welcher von jeder schutzzöllnerischen Mehrheit der Volksvertretung in ihrem Sinne verändert werden kann, wenn nicht durch abgeschlossene Handelsverträge mit Conventionaltarifen für die Dauer derselben derartige Gelüste unmöglich gemacht werden. Und darin liegt unter den gegenwärtigen Verhältnissen wesentlich der freihändlerische Charakter der Handelsverträge. Sie gewährleisten der heimischen Industrie für längere Fristen stabile Absatzbedingungen und verhindern nicht die autonome Gestaltung des Zolltarifs, welche allerdings nur im freihändle-

rischen Sinne geschehen kann. Es verdient, da dies wie es scheint häufig geflüchtig ignoriert wird, Erwähnung, daß wir in Deutschland einen autonomen Zolltarif (vom 1. October 1873) besitzen und daß die seit dieser Zeit vorgenommenen Zollveränderungen gleichfalls autonom von der deutschen Gesetzgebung durchgeführt worden sind.

Einen wesentlichen Fortschritt im freihändlerischen Sinne erfuhren die Handelsverträge, als in den Vertrag zwischen Frankreich und England (vom 23. Januar 1860) die Clausel von der meistbegünstigten Nation eingefügt wurde, durch welche die contrahirenden Theile sich verpflichteten, alle Vortheile in der Zollbehandlung, welche sie anderen Staaten bewilligen würden, auch sich gegenseitig einzuräumen. Mit dieser Clausel hörten die Handelsverträge auf, ausschließliche Zollbegünstigungen zu bewilligen, sondern verallgemeinerten dieselben sofort für alle Staaten, welche diese Bestimmung anerkannten. Sie verminderte den Kampf, welcher sich beim Abschluß von Handelsverträgen um einzelne Tarifpositionen erhebt, indem sie allen Ländern, welche Meistbegünstigungs-Verträge miteinander geschlossen haben, jede Errungenschaft in den Schoß fallen läßt, die ein Staat sich ausbedungen hatte. Vor allen Dingen leistet sie der Industrie dafür Gewähr, daß sie nicht durch eine günstiger gestellte fremde Concurrentin von auswärtigen Märkten verdrängt wird, sie legt ihr den Kampf auf mit den Zollschränken des Landes, nach dem sie exportiren will, aber sie giebt ihr die Sicherheit, daß außerhalb dieser Barrieren keine anderen Vortheile, als die, welche die Produktionsbedingungen der anderen Länder gewähren, von ihr zu bewältigen sind.

Die Handelsverträge mit der Clausel der meistbegünstigten Nation schaffen den neutralen Markt, dieses Haupt-Erforderniß für exportirende Industrien. Auf ihm sich Geltung zu verschaffen, giebt der gewerblichen Thätigkeit Anregung, Unternehmungslust und Sicherheit für ihre Absatzverhältnisse.

Diese Anschauungen kamen nach Abschluß des französisch-englischen Handelsvertrages unter den europäischen Industriestaaten bald zur Erkenntniß und sie beeilten sich, Theil an der Verkehrserschließung zu nehmen, welche jene Länder unter sich eröffnet hatten: Belgien, die Schweiz, Italien, Oesterreich, Deutschland — leider um 5 Jahre zu spät traten theils freiwillig, theils der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe dem System der — wie sie genannt werden — westeuropäischen Handelsverträge mit der Clausel der meistbegünstigten Nation bei und

sahen unter demselben eine Ära industriellen Aufschwungs bei sich eintreten, welche alles früher Erreichte weit in den Hintergrund stellte.

Wenn unter der gegenwärtigen Krisis, die herbeigeführt worden ist durch ausschweifende Ueberproduction, und unter welcher die Theilnehmer an den Handelsverträgen nicht mehr, ja entschieden weniger leiden, als die Staaten, deren schutzzöllnerische Tendenz es nicht gestattete, sich auch nur auf den Boden der Handelsverträge zu stellen — die Schutzzöllner die Schuld für alles Unheil auf die Handelsverträge schieben, deren sogenannte freihändlerische Tendenz die Industrie an den Rand des Abgrunds geführt habe, wenn einer derselben in der Einführung der Clausel der meistbegünstigten Nation allen Ernstes die Ursache unserer Socialdemokratie erblickt (vergl. deutsches Wollengewerbe vom 27. September) — so ist mit solchen Gegnern, die nicht überzeugt werden wollen, eben nicht zu rechten.

Aber wenn sich von 1865 bis 1877 in Deutschland der Verbrauch von Baumwolle gehoben hat von 967 500 Centner auf 2 430 700 Ctr. (der Antheil des seitdem hinzugekommenen Elsaß ist auf ca. 800 000 Ctr. zu veranschlagen), — der Ueberschuß der Einfuhr von Wolle über die Ausfuhr von 340 000 Ctr. auf 950 000 Ctr., — der Seide von 21 700 Ctr. auf 44 700 Ctr., von Glas, Hanf, Heede und Werg von 200 000 Ctr. auf 683 000 Centner; — wenn die deutsche Roheisenproduction von 988 000 metr. Tonnen (1865) auf 1 906 300 metr. Tonnen (1875) gestiegen ist, der Kohlenverbrauch von 26 700 000 metr. Tonnen (1865) auf 46 400 000 metr. Tonnen (1874) zugenommen hat, so gewähren schon diese Zahlen ein Bild des industriellen Aufschwungs unseres Vaterlandes in den angegebenen Zeitepochen.

Wenn Angesichts solcher Erwägungen und Thatfachen der erste Theil der von uns dem volkswirtschaftlichen Congreß in Posen vorgelegten Resolutionen aussprach:

Die Aufrechterhaltung und Weiterausbildung des geltenden Systems der Handelsverträge mit Clausel der meistbegünstigten Nation, welches sich bewährt hat und einen stetigen Fortschritt in freihändlerischer Richtung herbeizuführen geeignet ist, scheint dringend geboten, —

so durfte derselbe auf die Zustimmung der gleichgesinnten Mitglieder rechnen.

Diesem Satze gegenüber hatte Herr Seyffardt die These aufgestellt:

Deutschland darf seine Handelsverträge mit den Nachbarländern nur dann erneuern, wenn deren Zolltarife im Wesentlichen keine Erhöhung gegen die bisherigen Zollsätze enthalten,

und vermißt in der in seiner Brochüre gegebenen Motivirung in unserer Resolution die Rücksichtnahme auf die seit 1875 und 1876 total veränderte Situation und die stets geübte Praxis der Congresse, die volkswirtschaftlichen Principien auf die concreten Verhältnisse unseres Vaterlandes in Anwendung zu bringen. Voll überzeugt, daß sich das System der Handelsverträge bewährt hat, hält er unseren Antrag für praktisch werthlos, so lange nicht gesagt ist, was geschehen soll, wenn die Handelsverträge nicht in erwünschter Weise zu Stande kommen. Dieser Forderung giebt sein Antrag Ausdruck.

Ich erwidere, daß ich dem volkswirtschaftlichen Congresse auch diesmal nicht zugemuthet habe, „mit Selbstbewußtsein den Rothurn der wissenschaftlichen Theorie zu besteigen“, sondern der praktischen Richtung desselben treu geblieben bin. Aber Herr Seyffardt scheint nicht beachtet zu haben, daß der volkswirtschaftliche Congreß nicht der deutsche Reichstag ist, daß es nicht seine Aufgabe ist, Gesetze zu formuliren, die in praktische Wirksamkeit treten sollen, sondern nur in großen Zügen die Richtung anzugeben, in der sich die Gesetzgebung bewegen soll. Daher hatte der Referent über das vorliegende Thema durchaus nicht den Beruf, die Stellung zu erläutern, die Deutschland bei Abschluß der einzelnen Handelsverträge einnehmen soll, sondern nur im Allgemeinen die Mahnung auszusprechen und zu motiviren, daß die Aufrechterhaltung des Systems der Handelsverträge dringend geboten sei. Doppelt dringend geboten, wo wir nicht nur mit schutzöllnerischen Gegnern in fremden Staaten zu thun haben, welche die Absatzverhältnisse unserer Industrie zu schädigen trachten, sondern ganz besonders, weil wir in den durch die Handelsverträge fest normirten Tarifen ein wesentliches Mittel zur Abwehr der Ansprüche unserer heimischen Schutzöllner sehen, welche uns unsere Produktionsbedingungen und Consumtion durch autonome höhere Zölle zu erschweren suchen.

Daß ich nicht der Meinung bin, daß Handelsverträge unter allen Umständen abgeschlossen werden müßten, sondern in denselben die Interessen unserer exportirenden Industrien energisch wahrgenommen sehen wissen will, hat mein Antrag auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik und des volkswirtschaftlichen Congresses (1877)

gezeigt, wo ich bei Gelegenheit der Verhandlung über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag erklärte:

- 1) In einem neuen Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn darf Deutschland nicht ungünstiger gestellt werden als bisher. Insbesondere muß der Veredlungsverkehr (das Appreturverfahren) in demselben Umfange wie bisher beibehalten werden.

Beide Staaten sichern sich alsdann die Rechte der meistbegünstigten Nation zu.

- 2) Falls Oesterreich-Ungarn mit Deutschland keinen Handelsvertrag auf der unter Nr. 1 bezeichneten Grundlage zu schließen gewillt ist, liegt für Deutschland keine Veranlassung vor, Oesterreich-Ungarn auf den Fuß der meistbegünstigten Nation zu stellen.

Ich kann mein Befremden nicht unterdrücken, daß Herr Seyffardt, nachdem er die Congreß-Beschlüsse von 1875 und 1876 beistimmend erwähnt, nicht auch diesen Antrag citirt, welcher ihm den Beweis giebt, daß wir praktisch in dieser Frage nicht so auseinander gehen.

Aber damals war es Aufgabe, Stellung zu nehmen einem Staate gegenüber, der, nachdem er stets im engen, handelspolitischen Verkehr mit uns gestanden hat, nun dies Vertragsverhältniß lösen und durch wesentlich erhöhte Zölle und Verkehrser schwerungen unsere Industrie empfindlich schädigen will. Damals mußten wir unumwunden erklären, daß wir ein vertragsloses Verhältniß einem verschlechterten Handelsvertrage vorziehen, daß wir keine Handelsverträge schließen, deren Zweck Erleichterung des Verkehrs sein soll, wenn uns nur Erschwerungen geboten werden. Und wenn der volkswirtschaftliche Congreß über einen ähnlichen concreten Fall seine Ansicht auszusprechen haben sollte, wird sie in ähnlichem Sinne ausfallen.

Aber diesmal war die Situation eine andere. Wir hatten nur auf's Neue allen theilhaftigen Kreisen die dringende Nothwendigkeit klar zu legen, die bisher betretene Bahn vertragsmäßiger Handelspolitik weiter zu verfolgen, und wenn wir, wie Herr Seyffardt meint, schon zweimal Dasselbe gesagt haben, so ist der bedauerlichen Verwirrung in den Köpfen einer großen Zahl unserer Bevölkerung, nicht uns die Schuld für diese leider nothwendige Wiederholung beizumessen.

Wenn nun mein Antrag die Richtung der wünschenswerthen Handelspolitik im Allgemeinen angiebt, der ja auch Herr Seyffardt vollkommen zustimmt, wenn ich andererseits auch, wie der erwähnte Fall zeigt, im Einzelnen mit diesem verehrten Freunde conform gehe, so

war doch sein Antrag, wie er vorlag, für mich unannehmbar. Denn wenn ich auch mit schutzzöllnerischen Staaten, welche uns in einem neuen Vertragsverhältnisse ungünstiger stellen wollen als bisher, keinen Handelsvertrag abzuschließen bereit wäre, so würde mich doch freihändlerischen Staaten gegenüber — etwa England und der Schweiz — keine Erhöhung von Zöllen, die sie vielleicht für nothwendig erachten, von der Erneuerung der Handelsverträge mit Clausel der meistbegünstigten Nation zurück halten. Ja es fragt sich auch, ob nicht in concreten Fällen der Abschluß eines schlechteren Handelsvertrages rathsam erscheint, um den bei uns hervortretenden schutzzöllnerischen Ansprüchen einen Riegel vorzuschieben.

Alinea 2 unserer Resolution ging speciell auf die Clausel des Rechts der meistbegünstigten Nation ein und erklärte die Anwendung derselben für erforderlich, „um unseren Erzeugnissen auf fremden Märkten die gleiche Zollbehandlung wie denen anderer Länder zu sichern“.

Was hiermit ausgedrückt werden sollte, bedarf keiner Erläuterung. Die Gewährung des Rechtes der meistbegünstigten Nation unsererseits geht Hand in Hand mit der Geneigtheit anderer Staaten, uns diese Rechte einzuräumen, und das Letztere ist für unsere exportirenden Industrien eine Lebensfrage, um sie nicht auf fremden Märkten, außer mit den auf denselben herrschenden Eingangszöllen, noch mit den in günstigerer Position befindlichen anderen Nationen in Kampf zu bringen. Wie es in den Wald hinein schallt, so schallt es auch hinaus. Behandeln wir ein Land ungünstiger als andere, so wird uns dieses gleichfalls ungünstiger stellen, und unserem Export wird dadurch der Todesstoß gegeben. Das muß mit allen Kräften vermieden werden. Wir dürfen uns, wie es Delbrück in seiner trefflichen Schrift „Vorwände und Thatfachen“ (1862) nennt, nicht auf den „handelspolitischen Sphärischemel“ setzen lassen! Und weiter befürworten wir die Gewährung des Rechtes der meistbegünstigten Nation, weil durch dieselbe der mächtigste Impuls zum Abschlusse von Handelsverträgen gegeben wird, indem kein industrielles Land sich der Gefahr aussetzen darf, gegen andere zurückgesetzt zu werden, sondern nothwendig dazu gedrängt werden wird, durch freihändlerische Concessionen sich Eingang in den Kreis der durch diese Bedingung verbundenen Staaten zu verschaffen. Dieses Band umfaßte bisher die meisten europäischen Industriestaaten. Sehen

sich in Folge der gegenwärtigen Strömung einzelne veranlaßt, dasselbe zu lösen, so werden die Nachtheile, in welche sie dadurch gegenüber den im früheren Verhältniß Verbliebenen kommen, sie bald zur Einlenkung in die alten Bahnen nöthigen. Das zeigt sich augenblicklich in zwei Fällen. Durch Abbruch der Verhandlungen über Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Frankreich und Italien genießt ersteres letzterem gegenüber nicht mehr das Recht der Meistbegünstigung, so daß unsere Waaren zu niedrigeren Zollsätzen nach Italien eingehen, wie die französischen. Es ist für bestimmt anzunehmen, daß Frankreich durch dieses Verhältniß so geschädigt wird, daß eine Wiederaufnahme der Verhandlungen stattfinden wird. Aehnlich liegt es mit Spanien, welches mit uns einen Meistbegünstigungsvertrag abgeschlossen hat, an dem Frankreich und England nicht Theil nehmen, weil sie für die Einfuhr der spanischen Weine nicht Concessionen machen wollten.

Wenn Herr Seyffardt dieser Resolution den Vorwurf macht, daß „sie die reine Theorie ist, weil die Vortheile der gleichen Zollbehandlung auf fremden Märkten für unsere Erzeugnisse in einem Zeitpunkte herausgestrichen werden, in denen unsere Nachbarländer chinesische Mauern aufbauen, um durch hohe Zölle unsere Producte auszuschließen“ — so muß ich diesen Vorwurf aus dem Munde eines so hervorragend tüchtigen Praktikers, wie Herr Seyffardt ist, für doppelt befremdlich halten. Denn erstens: wenn die fremden Staaten auch ihre Zollsätze erheblich erhöhen sollten, muß unser Bestreben der Erlangung des Rechtes der meistbegünstigten Nation — denn dieses geht Hand in Hand mit dessen Gewährung — genau dasselbe bleiben wie bisher, um nicht ungünstiger gestellt zu werden, als dritte Nationen, — und zweitens: wenn auch hohe Zölle unseren Export in empfindlicher Weise erschweren, hat die Aufrichtung von „chinesischen Mauern“ wie der bei den Schutzzöllnern so beliebte Ausdruck lautet, unsere Industrie schon jemals wirklich von einem Lande ausgeschlossen? Unsere Waaren-Exporte nach den Vereinigten Staaten von Amerika betrugen:

1865	—	§ 10	147	181
1866	—	„	26	447 215
1867	—	„	26	596 594
1868	—	„	22	384 703
1869	—	„	25	270 596
1870	—	„	27	397 958
1871	—	„	25	093 635
1872	—	„	46	245 817

1873	—	"	61 497 954
1874	—	"	44 074 252
1875	—	"	40 893 386
1876	—	"	35 488 117

Und hierbei ist zu bemerken, daß in Folge der dort geltenden enormen Werthzölle außerordentliche Unterdeclarirungen stattfinden und daß, da der Ursprung der Waare nach dem Lande, in welchem der Consul die Factura legalisirt, angegeben wird, das Geschäft in Elsfässischen Artikeln aber zum allergrößten Theile durch Paris gemacht wird, die Exporte aus diesem deutschen Lande fast sämmtlich den französischen Exporten zugezählt werden. Der Rückgang der Ausfuhr in den letzten Jahren ist wesentlich auf Rechnung des in Amerika herrschenden schlechten Geschäftsganges zu schreiben.

Rußland mit seinen Prohibitivzöllen ist eines der werthvollsten Exportländer für Deutschland. Nach Frankreich, dem Lande mit dem, wie unsere Schutzöllner sagen, idealen Zolltarife hat sich (nach den *Annales du commerce extérieur*) die deutsche Einfuhr von 1863 bis 1876 von 139,7 Millionen Francs allmählich bis 389,0 Millionen Fres. gehoben (während gleichzeitig die französische Ausfuhr nach Deutschland von 203,8 auf 431,2 Millionen Fres. gestiegen ist). Die Einfuhr deutscher Fabrikate hat sich von 1863 bis 1876 von 9,7 auf 155,7 Millionen Fres. gehoben (die Ausfuhr französischer Fabrikate nach Deutschland von 127,6 (1863) auf 181,5 Millionen Fres. (1876)). Auch ist in Rücksicht zu ziehen, daß in Folge der französischen Werthzölle die Abschätzung der Einfuhr zu niedrig ist, die Werthberechnung der Ausfuhr dagegen, wie viele Stimmen in Frankreich behaupten, wahrscheinlich zu hoch ausfällt.

Also, daß „chinesische Mauern“ den Import von Waaren wirklich verhindern könnten, kann nur ein schutzöllnerischer Theoretiker, dem die Welt nur im eigenen Hirn erscheint, behaupten, — Herr Seyffardt, der Praktiker, wird das im Ernst nicht aufrecht halten.

Im Gegentheil, Theorie und Praxis zeigen, daß der Schutz Zoll die Staaten nicht stärker, sondern schwächer macht; er mag wohl eine oder die andere Fabrikation künstlich befördern und dadurch den Import in ihren Artikeln verhindern; im Großen und Ganzen aber macht er das Land nicht unabhängig, sondern nur abhängiger; er vertheuert die Produktionsbedingungen und die Consumption, vermehrt und verschärft die Krisen. Es klingt paradox, aber es ist wahr, und mit innerer

Berechtigung wahr: unsere besten Kunden sind die schutzöllnerischen Länder!

Wenn Herr Seyffardt unserer Resolution gegenüber beantragt: „die gegenseitige Gewährung des Rechtes der meistbegünstigten Nation ist bei Erneuerung der Handelsverträge selbstverständlich, bei Wegfall derselben in den meisten Fällen unstatthaft“, so stehen wir bezüglich des ersten Theils vollständig auf einem Boden, auch rücksichtlich des zweiten dürfte ich in manchen concreten Fällen mit ihm übereinstimmen. Ich habe oben angeführt, wie ich bei der Verhandlung über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag mich in meiner Resolution ganz zu seiner Ansicht bekannt habe, und das gleiche könnte auch noch öfter geschehen. Aber als Regel aussprechen, daß die Gewährung des Rechtes der meistbegünstigten Nation bei Wegfall der Handelsverträge unstatthaft ist, kann ich unter keinen Umständen. Wir haben einen Präcedenzfall, wo wir gerade beim Aufhören eines Handelsvertrages das Recht der meistbegünstigten Nation gewährt und empfangen haben, nämlich in unserem Verhältnisse mit Frankreich. Als der deutsch-französische Krieg die Verträge mit Frankreich aufhob, wurde in dem Friedensvertrage zu Frankfurt am 10. Mai 1871 unser neues handelspolitisches Verhältniß zu diesem Lande nur auf Basis der Meistbegünstigungsclausel wiederhergestellt. Der bezügliche Artikel 11 lautet:

„Da die Handelsverträge mit den verschiedenen deutschen Staaten „durch den Krieg aufgehoben sind, so werden die deutsche Regierung „und die französische Regierung den Grundsatz der gegenseitigen Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation ihren Handelsbeziehungen zu Grunde legen. Diese Regel umfaßt die Eingangs- „und Ausgangsabgaben, den Durchgangsverkehr, die Zollförmlichkeiten u.

„Trotz sind ausgenommen von der gedachten Regel die Begünstigungen, welche einer der vertragenden Theile durch Handelsverträge „anderen Ländern gewährt hat oder gewähren wird, als den folgenden: „England, Belgien, Niederlande, Schweiz, Oesterreich, Rußland.“

Ich betrachte diese, durch Minister Delbrück in den Friedensvertrag gekommene Bestimmung als eine der glücklichsten Thaten dieses eminenten Mannes, durch welche er ein auch nach dem Frieden uns noch immer feindlich gesinntes Land verhindert hat, uns commercieell zu schädigen und uns jetzt in die glückliche Lage versetzt hat, ruhig zuzusehen, wie sich England und Frankreich über den Abschluß eines

neuen Handelsvertrages einigen, in der Sicherheit, daß Alles, was diese beiden hervorragendsten Industriestaaten zwischen sich vereinbaren, auch uns gewährt wird.

Herr Seyffardt muß diesen Punkt übersehen haben, sonst könnte er die Fassung seines Alinea 2 nie gewählt haben.

Ich komme zu Alinea 3 unserer Anträge. In derselben charakterisiren wir die Wirkungen des Systems der Differentialzölle, d. h. der verschiedenen Normirung der Zölle je nach der Herkunft der Waaren, mit welchem durch die Einführung der Clausel der meistbegünstigten Nation in die Handelsverträge gebrochen worden ist. In früherer Zeit, wo ein Land sich möglichst hermetisch gegen das andere abzusperren suchte, konnten Differentialzölle, welche Brüche in das starre Schutzollsystem brachten, allerdings geeignet sein, die gemeinschädliche Wirkung dieses Systems auf die Theilung der Arbeit etwas abzuschwächen. Aber es ist nicht zu vergessen, daß Differentialzölle nur in den seltensten Fällen vollständig, meistens nur theilweise dem sie gewährenden Lande zu Gute kommen. Wenn wir einem Lande auf gewisse Waaren ausschließliche Zollbegünstigungen bewilligen, so ertheilen wir den fremden Fabrikanten Monopole, deren Vortheile sie uns nicht zurückzuerstatten brauchen. Sie haben nicht nöthig, ihre Erzeugnisse uns um den Betrag der Zollermäßigung billiger zu verkaufen, sondern nur zu dem Preise, welcher sich durch die Einwirkung der allgemeinen Concurrenz herausstellt! Diese Wirkung drückt Otto Michaelis in seinem vorzüglichen Referat als Berichterstatter über den deutsch-französischen Handelsvertrag im preussischen Landtage wie folgt aus: Die Differentialzölle „sind ganz besonders verwerflich, weil sie die Industrie des bevorzugten Landes an der Bestenerung der eigenen Consumtion und Production Theil nehmen lassen, also einen Zollschutz zu Gunsten fremder Industrien enthalten.“ Den gleichen Gedanken legten wir in dem Satze nieder: „Ihr Nutzen fällt nicht der Allgemeinheit, sondern einzelnen Interessentengruppen des In- u. Auslandes zu.“ Herr Seyffardt scheint denselben nach den auf pg. 10 seiner Brochüre gemachten Ausführungen nicht recht verstanden zu haben, sonst hätte er ihm sicher zugestimmt.

Wir betonten schließlich die praktischen Schwierigkeiten der Durchführung des Systems der Differentialzölle bei der hentigen Entwicklung der Transportmittel, wiesen auf die Beförderung hin, welche sie dem



Schmuggel gewähren und die dadurch erfolgende Schädigung der Staatsfinanzen. Zu einer Zeit, wo der Verkehr zwischen den Völkern noch ein geringer war, wo die Communicationsmittel vor Erfindung der Eisenbahnen und Dampfschiffe beschränkte, langsame und kostspielige waren, konnte man das „Woher“ der Einfuhr noch leicht controliren; heut jedoch, wo es auf viele Fabrikationsartikel keinen großen Preisaufschlag verursacht, wenn ich sie einen kleineren oder größeren Umweg machen lasse, ist der Umgehung der Begünstigungen, welche ein Land dem andern gewährt, Thür und Thor geöffnet. Wenn Deutschland gegenüber Frankreich ungünstiger gestellt ist als Belgien oder die Schweiz, werden wir unsere Waaren durch diese Länder dort eingeheßen lassen, bei einem ähnlichen Verhältnisse gegenüber Italien verladen wir über Triest und so lassen sich Mittel und Wege finden, um, wenn nicht offen, so doch durch eine Hinterthür an's Ziel zu kommen. Die ja schon wieder auffommende Bestimmung der Veibringung von Ursprungsattesten, eine lästige Erschwerung des Handels, bildet keinen sichern Schutz. Die Umgehung derselben, indem man die Waare nach einem begünstigten Lande schickt und sie von dort mit Ursprungszeugniß weiter gehen läßt, ist nicht schwer. Aber durch alle solche Manipulationen befördert man die Unsolidität der Industrie, schädigt die rechtlich Denkenden in wahrlich nicht zu begünstigender Weise.

Wenn Herr Seyffardt gegen diese von ihm zugegebenen Bedenken äußert, die Schwierigkeiten müssen dazu dienen, „den Eifer zu ihrer Beseitigung zu verdoppeln“, so wäre es wünschenswerth gewesen, zu vernehmen, wie er sich denn die Beseitigung denkt! Und wenn er hinzufügt, „die Beförderung des Schmuggels theilen Differentialzölle mit den neuerdings so lebhaft befürworteten Finanzzöllen“, so scheint Herr Seyffardt zu übersehen, daß in keinem Lande, welches hervorragende Einnahmen aus Finanzzöllen hat, dieselben aus hohen Finanzzöllen herrühren, daß im Gegentheil nur durch niedrige Finanzzölle, welche die Schmuggelprämie möglichst vermindern, aus denselben lohnende Revenuen erwachsen. Das ist ein Elementarsatz; hohe Zölle, die den Schmuggel befördern, sind in der Regel keine richtigen Finanzzölle, sondern meistens versteckte Schutzzölle.

Wenn ich aber auch die Nachtheile der Differentialzölle voll erkenne und dieselben als Regel verurtheile, so habe ich doch nie verfehlt, daß in gegebenen Fällen Ausnahmen von der Regel zulässig seien. Das sind dann nicht Differentialzölle ad minus, sondern Differentialzölle ad majus, die wir mit dem Namen Retorsionszölle bezeichnen.

Man versteht darunter Kampfzölle, welche man einem Staate gegenüber anwendet, der sich dem Vertragsverhältnisse entzieht, oder unsern Handelsverkehr mit ihm in empfindlicher Weise schädigt. Ihr Zweck ist, durch Benachtheiligung des Gegners denselben zum Einlenken, zur Ermäßigung seiner Zollschranken zu veranlassen. Sie sind die Proclamation des Zollkrieges, bei dem von der anderen Seite durch Repressalien geantwortet wird, und der durch Auflösung bisher bestandener Verbindungen große Schäden anzurichten geeignet ist. Aber wie wir den Krieg zwar als ein Uebel ansehen und trotzdem ihn häufig rechtfertigen, so kann man auch den durch Retorsionszölle hervorgerufenen Zollkrieg zwar theoretisch verdammen und in der Praxis ihn doch gegebenen Falles gut heißen. Doch wie ich nie im Allgemeinen ein Loblied auf den Krieg singen werde, so konnte ich auch in einer Resolution, welche die allgemeine Haltung gegenüber einer handelspolitischen Frage auszudrücken bezweckte, nur die wünschenswerthe Regel, nicht die bedauerlichen Ausnahmen, die Herr Seyffardt vermißt, niederlegen. Ich habe in meinem angeführten Referat über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag und einem über dasselbe Thema gehaltenen Vortrage (vgl.: „die Erneuerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages und der Zolltarifentwurf der österreichisch-ungarischen Regierung“, zwei Vorträge von Max Weigert, Berlin 1877) im concreten Falle ausdrücklich erklärt, daß ich vor Retorsionszöllen nicht zurückschrecke, jedoch gleichzeitig die Zweischneidigkeit dieser Waffe gebührend anerkannt. Wo es möglich ist, den Gegner so zu treffen, daß die geschlagenen Wunden ihn zum Einlenken veranlassen, müssen wir die Schädigung erdulden, die wir uns gleichzeitig dadurch zufügen. Aber dieser Kampf muß wohl erwogen werden, damit nicht der Pfeil, den wir siegesfroh auf den Gegner schießen, ohne ihn zu treffen, zurückfliegt und in unserem eigenen Fleische stecken bleibt. Herr Seyffardt erwähnt sehr richtig, daß bei wichtigeren Rohproducten, vornehmlich Getreide, etwa dem schutzzöllnerischen Rußland gegenüber, Retorsionszölle den Zweck verfehlen, unseren Zwischenhandel, unsere Eisenbahnen beeinträchtigen und die Ausfuhr russischer Producte auf den Seeweg verweisen würden.

Das Mißliche und der problematische Ausgang eines Zollkrieges ist klar; immerhin aber steht fest, daß, wollen wir uns nicht auf die Reaction verlassen, welche im schutzzöllnerischen Lande selbst die in Folge der Absperrung dort erzeugte Schädigung der materiellen Interessen sicher hervorruft, — wollen wir vielmehr feindlich gegen dasselbe vorgehen, ein solcher Krieg nur geführt werden kann, indem wir unserem

Gegner in den Artikeln Erschwerungen entgegenstellen, in denen er stark und exportfähig ist. Das werden in der Regel die Waaren sein, in denen er von uns am wenigsten bezieht. Man kann daher sagen: wirksame Retorsionszölle werden nur auf Waaren gelegt werden können, auf welche die hohen Zölle des Auslandes uns am geringsten schädigen.

Um Beispiele anzuführen: Oesterreich hat seine Zölle auf: Baumwollene Garne von Nr. 30 aufwärts um 4 fl. per Kilo erhöht,
 rohe dichte baumwollene Waaren . von 32 fl. auf 60 fl.
 ganz seidene Waaren " 160 " " 300 "
 halbseidene, fagonmirte, bedruckte,
 undichte Band- u. Knopfmachernw. " 120 " " 200 "
 elastische Gewebe aus Kautschuk ic. " 45 " " 70 "
 Papier-Tapeten " 6 " " 12 "
 Anilinfarben " 3 " " 10 "

und dergl. mehr. Wenn wir unsere Zölle auf diese Waaren Oesterreich gegenüber auf die gleichen Beträge herauf setzten, so würden wir damit nichts weiter als einen Schlag in's Wasser thun, denn wir schädigten dadurch keine oder nur sehr unbedeutende Exportinteressen des feindlichen Landes! Und seltsam, in seiner dritten Resolution schlägt Herr Seyffardt dies Verfahren als Panacee vor!

Dieselbe lautet:

Im Fall der Einführung erhöhter autonomer Tarife in den Nachbarländern sind Differentialzölle auf in Deutschland importirte Waaren für jede einzelne Position, die im fremden Tarif die deutschen Sätze überschreitet und bis zur Höhe des fremdländischen Satzes dringend zu empfehlen.

Ich gestehe, daß ich meinen Augen nicht trauen wollte, als ich diesen Antrag und seine Begründung las. Wie kann der Mann, dessen richtige, aus umfassender allgemeiner Bildung und praktischer Tüchtigkeit hervorgegangene Ansichten ich oft schätzen gelernt habe, einen solchen Plan als wirksam erachten und glauben, daß wir durch „die Gegenseitigkeit in der Behandlung derselben Waaren-Kategorie für die Aussicht auf Herabminderung jenseitiger autonomer Tarife auf den unsern entsprechende Sätze ebenso viele Bundesgenossen gewannen, als es Fabrikanten im Auslande giebt, welche die betreffenden Artikel dem deutschen Markte zu liefern beabsichtigen. Mit dieser Forderung stärken wir die Freihandelsrichtung im jenseitigen Lager.“ Diese Hoffnung ist im allgemeinen gänzlich irrig. Ich habe

erwähnt, wie wir in der Regel durch Erhöhung unserer Zölle auf die gegnerischen Säße in den seltensten Fällen die auswärtigen Industrien treffen, welche Export-Interessen hegen. Im Gegentheil, wenn wir auf Oesterreich exemplificiren, so würden gerade die österreichischen Branchen, für welche unser Markt am wichtigsten ist, bei solchen Manövern nichts verlieren. Leinengarne (Maschinenge spunnt) zahlen bei uns Mk. 1,50 Zoll, nach dem österreich. autonomen Tarife ebensoviel; gewöhnliche rohe Leinewaaren bei uns Mk. 12, in Oesterreich ebensoviel; feine Glaswaaren bei uns Mk. 8, in Oesterreich desgleichen; feine Lederwaaren bei uns Mk. 21, in Oesterreich Mk. 26. Das sind Waaren, an deren Exporte Oesterreich wesentliche Interessen hat, wie könnten wir diese durch eine Gegenseitigkeitspolitik schädigen! Nein, das Zurückgreifen auf das „verfehnte System der Reciprocität“, wie es Herr Seyffardt richtig bezeichnet, wäre ebenso zwecklos, wie schädlich. Es ist die Proclamation der kleinlichsten Krämerpolitik zum Leitfaden für die große internationale Handelspolitik der Völker. Kauffst du von mir nicht deinen Käse und deine Butter, so kaufe ich auch von dir nicht meinen Rock und meinen Hut, so mag wohl ein beschränkter Spießbürger deduciren, aber nie und nimmer, ebenso wenig wie schon im anständigen kaufmännischen Verkehr, wird und darf das Verhältniß der Nationen zu einander nach solchen Grundsätzen geregelt werden! „Weil wir nicht theuer verkaufen können, so wollen wir auch nicht mehr wohlfeil einkaufen,“ heißt das in klares Deutsch übertragen, und damit ist das Verkehrte dieses Axioms verständlich.

Nach Herrn Seyffardt's Vorschlag sollten wir gegenüber jedem Staate mit höheren Tarifen als der unsrige ist, einen gleich hohen Tarif aufrichten; wir gingen dadurch der Vortheile der mit freihändlerischen Staaten abgeschlossenen niedrigeren Zollsätze zum Theil verlustig, indem dieselben uns ihre Preise wegen des Monopols, das sie häufig genießen werden, erhöhen würden; wir hätten alle oben geschilderten Nachtheile der Differentialzölle zu tragen und die beabsichtigte Stärkung der freihändlerischen Interessen bliebe ganz illusorisch! Anstatt des einen schutzzöllnerischen autonomen Tarifs, mit dem uns die Schutzzöllner beglücken wollen, hätten wir deren vielleicht ein halbes Duzend! Ich weiß nicht, ob ich nicht alsdann lieber in die schutzzöllnerische Scylla als in die pseudo-freihändlerische Charybdis hineinfallen möchte.

Das heißt unsere Tarifpolitik, die wir nur nach unserm eigenen wohlverstandenen Interesse bestimmen dürfen, einem Interesse, welches nicht den Schutz einzelner großer Industriezweige, sondern die allge-

meine Wohlfahrt des Landes umfaßt, vollständig in die Hand fremder Nationen legen; das heißt handelspolitische Impotenz proclamiren, während die Freihändler wahrhaft nationale Politik treiben!

Nein, wenn wir schutzöllnerischen Staaten den Krieg erklären wollen, so sind die Pfeile, die Herr Seyffardt auf den Bogen zu legen rath, sicherlich die stumpfsten und Retorsionszölle im oben von mir geschilderten Sinne würden viel bessere Wirkung haben. Ich bin aber der Meinung, daß in derartigen Zwangslagen, wie sie uns durch die schutzöllnerischen Agitationen aufgedrängt werden, die Gegner unsererseits noch durch viel schärfere Mittel bedrängt werden dürfen. Ich würde Oesterreich gegenüber — und das nämliche gilt, um Rußland zur Abschwächung seines Prohibitivsystems zu veranlassen — den Kampf von der Zollpolitik auf die Finanzpolitik übertragen. Ich halte eine Besteuerung österreichischer und russischer Staatspapiere, Eisenbahnactien, Industriepapiere u. dgl., eine Erschwerung des Handels in ihnen an deutschen Börsenplätzen — etwa in der Art unseres Gesetzes über die Prämienanleihen — für eine viel wirksamere Schädigung von Staaten, welche uns handelspolitisch benachtheiligen, als Retorsionszölle, deren Erfolg höchst zweifelhaft ist. Durch derartige Maßnahmen würden wir die Finanzwirtschaften unserer Gegner — und schutzöllnerische Staaten sind immer stark verschuldet — empfindlich treffen, die Finanzminister am sichersten über die Verkehrtheit ihrer Ansichten aufklären, als ob Schutzzölle die Einkünfte der Staaten vermehren und sie von der Berücksichtigung der Sonder-Interessen der Großindustrie auf die Interessen der Allgemeinheit verweisen. Die vorübergehenden Nachtheile — und sie würden schnell vorübergehend sein — die unserem Handel durch solche Maßnahmen erwachsen, schlage ich nicht hoch an. Im Gegentheil, wir würden aus ihnen noch die Vortheile ziehen, daß wir unseren Reichsangehörigen die Anlegung von Capitalien in unsicheren österreichischen und russischen Papieren erschweren und sie auf inländische Capitalsanlegung verweisen. —

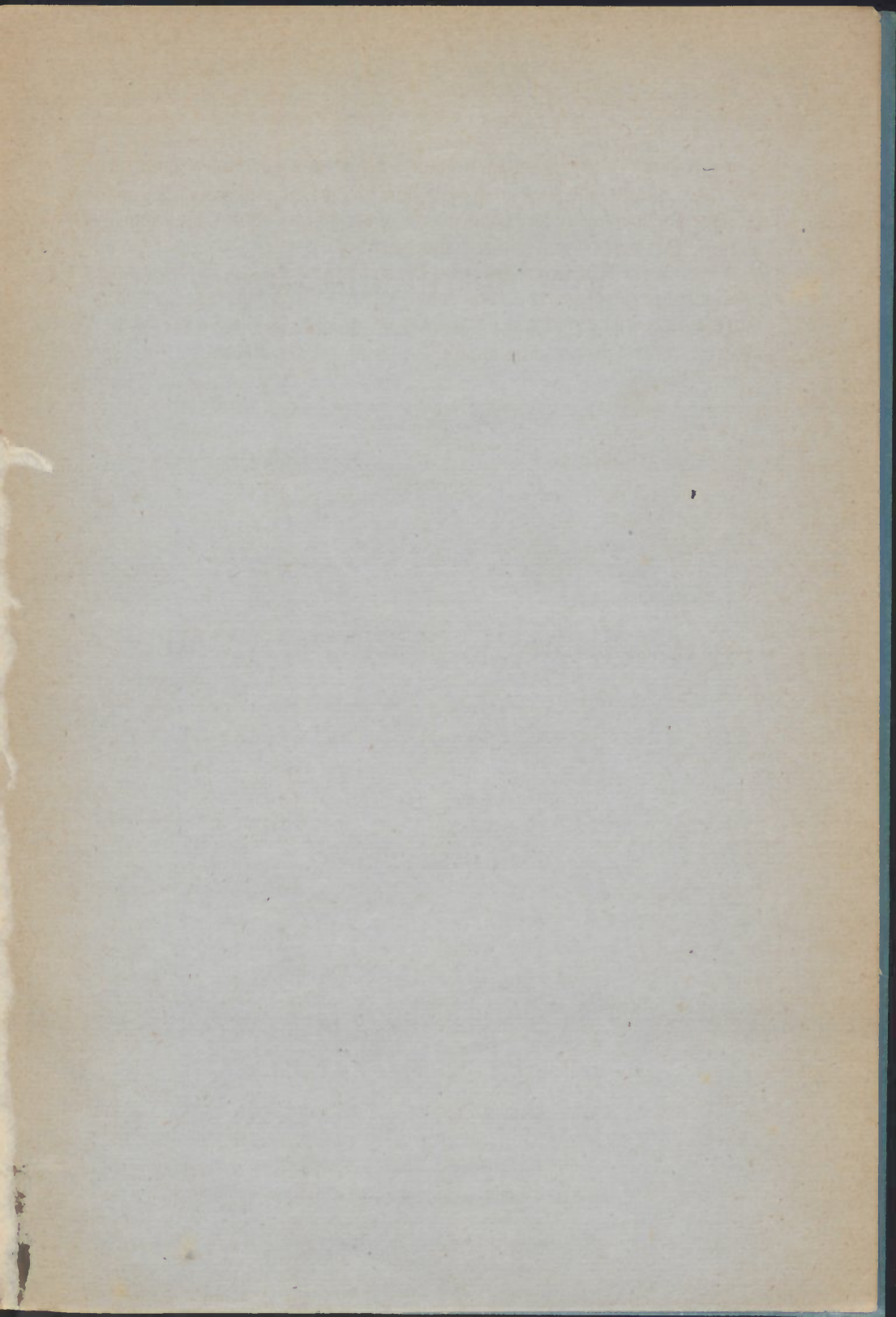
Ich glaube dargethan zu haben, daß in den Resolutionen, welche auf dem volkswirtschaftlichen Congresse in Posen von meinen Freunden und mir eingebracht worden sind, nicht ein unpraktischer Idealstandpunkt, sondern praktische Freihandelspolitik ausgedrückt ist, daß wir nicht, wie Herr Seyffardt meint, „mit aufgerollten Fahnen“ stritten, sondern unser Panier ganz offen entfalteten.

Dasselbe trägt keine Zeichen, unter denen sich nicht die vorurtheils-

freien Freunde der deutschen nationalen Arbeit mit uns einen könnten. In ihnen suchen wir unsere Stärke und werden sie finden. Aber um uns die Unterstützung der Schutzzöllner zu gewinnen, selbst Schutzzöllner werden, für diesen Rath müssen wir danken.

Wir wollen „die Erhaltung des bisher erreichten Maßes freien internationalen Verkehrs und dessen allmälige Erweiterung insbesondere auf dem Wege der Handelsverträge.“ Das ist der Standpunkt der deutschen Freihändler.





Von demselben Verfasser erschienen im Verlage von Leonhard Simion
in Berlin:

Der Müsterschuh.

Seine theoretische Berechtigung, seine praktische
Nothwendigkeit.

Referat

erstattet im Auftrage des XVI. Congresses Deutscher Volkswirthe.

Preis 1 Mark 20 Pfennig.

Die einheitliche Garn-Numerirung.

Der gegenwärtige Stand der Frage
und die noch zu lösenden Aufgaben.

Eine Vorlage
für den 2ten internationalen Congress in Brüssel.

Preis 75 Pfennig.

Die Erneuerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages und Der Zolltarifs-Entwurf der österreichisch-ungarischen Regierung.

Preis 1 Mark.

Druck von Kerskes & Hohnmann in Berlin.

